

über die 14. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 07.12.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 16:10 Uhr
Ende: 21:01 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Patrick Fuest

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Frau Vanessa Klein

Vertretung für Herrn Holger Radenbach

Vertretung für Herrn Benedikt Reich

ab 18:23 Uhr

Vertretung für Frau Lisa Pientak

ab 16:33 Uhr

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Lucas Risse

Frau Kathrin Sarin

ab 16:35 Uhr

Vertretung für Herrn Torsten Kinzel

bis 18:00 Uhr

Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Markus Gronauer

Herr Bruno Kosmala

Herr Michael Nagy

Vertretung für Herrn Tim Brühland

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

FDP

Herr Andreas Wölk

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

bis 20:20 Uhr

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel

Frau Sonja Baumhauer

Frau Simone Feldmann

Herr Martin Frömmer

Herr Peter Heimann

Herr Manfred Hein

Herr Guido Krämer

Herr Edgar Lenz

Herr Roland Liebermann

Herr Michael Lobe

Herr Georg Mittmann

Frau Sabine Noll

Herr Marc Oberthür

Herr Ralf Richrath

Frau Christiane Schärfke

Herr Marc Steven

Herr Robert Ullrich

Herr Thomas Zitzmann

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

es fehlen entschuldigt

Herr Tim Brühland

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

Herr Benedikt Reich

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschriften der letzten Sitzungen (vom 15.09. und 26.10.2016) - öffentlicher Teil -	
3	Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.09.2016	IX/0955
4	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
5	8. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"	IX/0950
6	8. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/0976/1
7	3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 18.12.2014"	IX/0986/1
8	3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/0987
9	Satzung über die Erhebung von Marktstandgebühren auf dem Gänselieselmarkt der Stadt Monheim am Rhein	IX/0937
10	Satzung für die Übergangswohnheime und Wohnungen der Stadt Monheim am Rhein zur vorläufigen Unterbringung von obdachlosen Personen und zugewiesenen ausländischen Flüchtlingen	IX/0957/1
11	Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein im Jahr 2017	IX/0931
12	Auslaufen des Gewalt- und Kriminalpräventionsprojektes der Kinder-Notinseln	IX/0961
13	Weiterentwicklung des Programms "Aktiv zusammen leben" zur Miniprojektbörse "Aktiv inklusiv!"	IX/0956
14	Andrés Segovia Jugendwettbewerb für Gitarre	IX/0944
15	Vergabe von Straßennamen	IX/0975
16	Umsetzung des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet	IX/0949
17	Mo.Ki-Cafe Baumberg	IX/0969

18	Ausbau des Städtischen Bürgerservice - "Rathaus kompakt" -Inneneinrichtung Bürgerbüro und Empfangsbereich-	IX/1001
19	Sanierung und Neubau der städtischen Übergangwohnheime Niederstraße -Baubeschluss-	IX/1002
20	Schulzentrum Berliner Ring - Planungsauftrag Umbau im Bestandsgebäude -	IX/0984
21	Umgestaltung des Altstadtplatzes Kradepohl	IX/0965
22	Umgestaltung der Kreuzung Baumberger Chaussee / Nieder- straße zu einem Kreisverkehrsplatz	IX/0941
23	Neugestaltung Kinderspielplatz Ulmenweg - Baubeschluss	IX/0958
24	MonChronik-Modul "Aalschokker" sowie Neuherichtung Park- platz Klapperstorstraße - Baubeschluss -	IX/0997
25	Optionserklärung zur Umsatzbesteuerung	IX/0953
26	Haushaltssatzung 2017	IX/0942
27	Mündliche Mitteilungen	
27.1	Monberg-Brücke	
28	Mündliche Anfragen	

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschriften der letzten Sitzungen (vom 15.09. und 26.10.2016) - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Die Niederschriften werden durch den Ausschuss zur Kenntnis genommen.

3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 15.09.2016

Vorlage: IX/0955**Protokoll:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Ausführungsbericht zur Kenntnis.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**Protokoll:**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

5 8. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"

Vorlage: IX/0950

Beschlussempfehlung

Die 8. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

6 8. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"

Vorlage: IX/0976/1

Protokoll:

Die Verwaltung weist auf den vorliegenden Prüfauftrag hin, der noch nicht in die Beschlussfassung aufgenommen wurde. Dies werde bis zur Ratssitzung nachgeholt. Jedoch seien Mittel für die Probephase hinsichtlich der Abholung von Grünabfällen eingerechnet.

Beschlussempfehlung

Die 8. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 7 **3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 18.12.2014"**
Vorlage: IX/0986/1

Beschlussempfehlung

Die 3. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 18.12.2014“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 8 **3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/0987

Beschlussempfehlung

Die 3. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 9 **Satzung über die Erhebung von Marktstandgebühren auf dem Gänselieselmarkt der Stadt Monheim am Rhein**
Vorlage: IX/0937

Protokoll:

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen empfiehlt eine Unterscheidung hinsichtlich der Gebühren für private und gewerbliche Anbieter.

Der Bürgermeister erläutert, dass gewerbliche Anbieter auf dem Gänselieselmarkt nicht zugelassen würden. Ein entsprechender Hinweis erfolge bereits im Anmeldeformular. Daher sei eine solche Unterscheidung bei der Höhe der Gebühren entbehrlich.

Die Satzung regle auch die Verknüpfung des Gänselieselmarktes mit dem Stadtfest, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Es sei nicht erforderlich, diese Verknüpfung vorzusehen. Der Gänselieselmarkt sei eine autarke Veranstaltung.

Gänselieselmarkt und Stadtfest würden gleichermaßen von der Verknüpfung profitieren, führt der Bürgermeister aus. Das Freizeitverhalten der Menschen habe sich verändert und der Trödelmarkt alleine würde nicht mehr die gleiche Zugkraft entfalten, wie vor 20 Jahren. Die Attraktivität ergebe sich aus der Kombination von Stadtfest und Gänselieselmarkt.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die anliegende Satzung über die Erhebung von Marktstandgebühren auf dem Gänselieselmarkt der Stadt Monheim am Rhein.

Die anliegende Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU)

10 Satzung für die Übergangswohnheime und Wohnungen der Stadt Monheim am Rhein zur vorläufigen Unterbringung von obdachlosen Personen und zugewiesenen ausländischen Flüchtlingen
Vorlage: IX/0957/1

Protokoll:

Die unterschiedliche Berechnungsgrundlage einmal nach Personen und einmal nach Quadratmetern sei irritierend und sollte einheitlich festgelegt werden, regt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Weiterhin merkt er an, dass Flüchtlinge, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig gewesen seien, Anschreiben erhalten hätten, dass sie die Notunterkunft schnellstmöglich zu verlassen hätten. Dies habe zu großen Verunsicherungen geführt.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Flüchtlinge intensiv betreut würden, auch über den Zeitpunkt der Anerkennung hinaus. Dies sei mit dem BeratungsCentrum und dem SKFM vereinbart.

Hinsichtlich der Höhe der jeweiligen Gebühren sei es notwendig, diese korrekt zu ermitteln. Dabei fielen sehr unterschiedliche Kosten an. So entstünden auf der Brengener Straße durch den Sicherheitsdienst höhere Kosten als bei anderen Unterkünten. Für die Bewohner selbst sei dies jedoch ohne Auswirkungen, da diese die Unterkunft nicht selbst bezahlen. Die Kostenermittlung erfolge in erster Linie, um Erstattungsansprüche gegenüber anderen Sozialleistungsträgern geltend machen zu können.

Bei Ein- bzw. Auszug aus den Unterkünten würde den Bewohnerinnen und Bewohner die Hausordnung und die Satzung ausgehändigt, so der Sprecher der FDP. Hier stelle sich die Frage, ob dies in der jeweiligen Landessprache erfolge.

Zwar erfolge die Zuweisung jeweils per Bescheid, aber im Rahmen des Welcome-Projekts stehe jederzeit eine Betreuung zur Verfügung, die den Flüchtlingen in ihrer Landessprache weiterhelfen würde, so die Verwaltung.

Des Weiteren enthalte § 6 Abs. 1 der Satzung eine fehlerhafte Formulierung, merkt der Sprecher der FDP an.

Der Fehler werde bis zur Ratssitzung korrigiert, so der Bürgermeister.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die anliegende Satzung für die Übergangswohnheime und Wohnungen der Stadt Monheim am Rhein zur vorläufigen Unterbringung von obdachlosen Personen und zugewiesenen ausländischen Flüchtlingen. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 11 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein im Jahr 2017**
Vorlage: IX/0931

Beschlussempfehlung

Die anliegende ordnungsbehördliche Verordnung zur Offenhaltung von Verkaufsstellen in der Stadt Monheim am Rhein an Sonntagen im Jahr 2017 wird beschlossen. Die Anlage 1 dieser Vorlage ist Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU)

- 12 Auslaufen des Gewalt- und Kriminalpräventionsprojektes der Kinder-Notinseln**
Vorlage: IX/0961

Protokoll:

Der Sprecher der FDP bittet um Angabe der Gründe, warum das Projekt auslaufen solle.

Die Verwaltung erklärt, dass es zum Zeitpunkt der Einführung ein sinnvolles Projekt gewesen sei. Seitdem habe sich der Kinderschutz insgesamt weiterentwickelt, so dass dieses Projekt nun nicht mehr dem Standard entspreche. Auch der präventive Kinderschutz sei erheblich ausgebaut worden. Eine Nutzerbefragung des Kinderschutzbundes NRW habe zudem ergeben, dass die Notinseln nicht in Anspruch genommen würden. Stichprobenartig wurden auch 25 der Projektpartner befragt und es sei festgestellt worden, dass die Mitarbeitenden nicht informiert waren. Daher sei der Kinderschutz an den ausgewiesenen Notinseln nicht mehr in der gewünschten Form gewährleistet und es sei empfehlenswert, den Vertrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt, den 31.12.2017, zu beenden.

Der Sprecher der FDP regt an, die lange Kündigungsfrist zu nutzen und das Projekt wieder aufleben zu lassen.

Der Bürgermeister erklärt, dass bereits seit einiger Zeit keine neuen Projektpartner gesucht worden seien. Das Projekt sei nicht mehr zeitgemäß und es gebe keine verbindlichen Standards.

Das Projekt könnte dann doch weiterbetrieben und Standards entwickelt werden, so der Sprecher der CDU-Fraktion.

Die Verwaltung macht deutlich, dass mit diesem Projekt nicht das Ziel erreicht werden konnte, dass erreicht werden sollte. So hätten die Projektpartner nicht die Arbeit leisten können, die zunächst angedacht gewesen war und seitens der Kinder sei keine Nachfrage vorhanden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion hält es für bedenklich, wenn die Kooperationspartner weiterhin mit dem Aufkleber „Notinsel“ werben, jedoch nicht in der Lage seien, Kindern tatsächlich Hilfestellung zu geben. Die Aufkleber müssten demnach entfernt werden.

Das sei problematisch, da der Vertrag bis 31.12.2017 gültig sei, so der Bürgermeister.

Beschlussempfehlung

Das Gewalt- und Kriminalpräventions-Projekt der Kinder-Notinseln wird in Monheim am Rhein nicht fortgeführt. Der Vertrag mit der Stiftung Hänsel+Gretel wird fristgerecht zum 31.12.2017 gekündigt.

einstimmig zugestimmt

- 13 Weiterentwicklung des Programms "Aktiv zusammen leben" zur Miniprojektbörse "Aktiv inklusiv!"
Vorlage: IX/0956**

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Weiterentwicklung des Projektes: "Aktiv zusammen leben" zur Miniprojektbörse „Aktiv inklusiv!“ im dargestellten Umfang und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung und Festlegung der Einzelheiten. Hierfür werden im Produkt 01.02.00 insgesamt 25.000 EUR im Jahr 2017 und jeweils in den Folgejahren etatisiert.

einstimmig zugestimmt

- 14 Andrés Segovia Jugendwettbewerb für Gitarre
Vorlage: IX/0944**

Beschlussempfehlung

1. In den Jahren 2018, 2020 und 2022 wird der Andrés Segovia Jugendwettbewerb für Gitarre in Monheim am Rhein durchgeführt.
2. Die Durchführung des Wettbewerbs erfolgt in Zusammenarbeit von Stadt Monheim am Rhein und der European Guitar Teachers Association Deutschland e.V. (EGTA D).
3. Die zur Wettbewerbsdurchführung benötigten Raumressourcen und finanziellen Mittel werden zur Verfügung gestellt.

einstimmig zugestimmt

- 15 Vergabe von Straßennamen
Vorlage: IX/0975**

Protokoll:

Mit den Fraktionen CDU, SPD und PETO sei abgestimmt worden, dass am heutigen Tag keine Beschlussfassung vorgenommen werden solle. Es würde für die Ratssitzung eine aktualisierte Vorlage nachgereicht, erklärt der Bürgermeister.

- 16 Umsetzung des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet
Vorlage: IX/0949**

Protokoll:

Die Höhe des Differenzbetrages zwischen dem Maximalzuschuss von 80% und dem Zuschuss von 60% sei von Interesse, so der der Sprecher der SPD-Fraktion.

Der Betrag könne schlecht beziffert werden, erläutert die Verwaltung. Es sei zu berücksichtigen, dass einige Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Radschnellweg vorzunehmen seien, ohnehin fällig gewesen wären. Eine klare Trennung sei daher nicht möglich. Der Radschnellweg sei mit insgesamt 8,6 Mio. € bemessen worden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion macht deutlich, dass es seiner Fraktion nicht möglich sei einen Beschluss zu fassen, wenn die Kosten nicht beziffert werden könnten. Daher werde sich die CDU-Fraktion enthalten und hoffen, dass der Kostenrahmen bis zur Ratssitzung genannt werden könne.

Mit dem Verlassen der Arbeitsgemeinschaft sei das Ziel verbunden, die Planungshoheit zu behalten, so der Bürgermeister. Die Beschlüsse für die Landesstraßen, Opladener Straße und Kapellenstraße, seien ähnlich gelagert und bereits gefasst worden. Ein solcher Grundsatzbeschluss stehe nun für den Radschnellweg an. Die Planung und die Baubeschlüsse würden dann zu einem späteren Zeitpunkt gefasst. Sonst sei es bei jeder Änderung, wie z.B. der Anpassung einer Einmündungssituation oder dem Anbringen eines Zebrastreifens notwendig, Benehmen mit dem Landesbetrieb Straßen NRW herzustellen. Es stehe hier die strategische Entscheidung an, in welche Richtung weiter gearbeitet werden solle.

Hier könne eine schwere Belastung für die künftigen Generationen entstehen, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Daher sei dieses Vorhaben abzulehnen. Das sei auch der Grund gewesen, warum seine Fraktion gegen die Übernahme der Landesstraßen gestimmt habe. Die Folgekosten für spätere Jahre seien nicht kalkulierbar.

Die Vorteile würden hier überwiegen, so der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Jedoch fiele es auch ihm schwer, ohne Kostenrahmen einen Beschluss zu fassen.

Die Verwaltung sei zu der Auffassung gekommen, dass ein Radschnellweg wünschenswert sei, jedoch abzulehnen sei, wenn es sich um ein Landesprojekt handle, so der Bürgermeister. Diese Auffassung begründe sich in den bisherigen Erfahrungen und Abstimmungsproblemen mit dem Landesbetrieb.

Es sei in der Vorlage ausgeführt, dass faktisch in dem abgestimmten Ausbaustandard gearbeitet werden solle, merkt der Sprecher der SPD-Fraktion an und bittet um nähere Erläuterung. Zum anderen bittet er um Angabe, ob und mit welcher Wahrscheinlichkeit mit den Fördermitteln zu rechnen sei.

Die Verwaltung führt aus, dass die Vorgaben als Orientierungshilfe betrachtet würden, die auf die tatsächlichen Verhältnisse angepasst werden sollen. Die Zuschüsse seien laut Auskunft des Ministeriums zugesagt. Schriftlich werde dies jedoch erst erfolgen, wenn die Planung verbindlich beschlossen worden sei.

Der Sprecher der PETO-Fraktion äußert seine Verwunderung über die kontroverse Diskussion, da im Fachausschuss in der vergangenen Woche ein einstimmiger Beschluss hierzu ohne Wortbeiträge gefasst worden sei. Seine Fraktion unterstütze das Vorgehen, das die Stadt vor einem Kompetenzwirrwarr schütze. Auch die Belastung

für die nachfolgenden Generationen erkenne er hier nicht, sondern große Chancen.

Beschlussempfehlung

Zur Umsetzung des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet beschließt der Rat der Stadt folgende Vorgehensweise:

1. Er nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Umsetzung und Verfahrensweise des Radschnellweges im Rahmen des Landesprogrammes zur Kenntnis.
2. Er beschließt den formalen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft der Städte Neuss, Düsseldorf, Langenfeld und Monheim.
3. Er beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung des bisherigen Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet als kommunalen Radschnellweg fortzusetzen. Die Umsetzung soll nach städtischen Erfordernissen erfolgen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Umsetzung von Maßnahmen des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet Fördermittel des Landes zu beantragen.
5. Er beschließt, dass jedes Einzelprojekt nochmals durch einen gesonderten Bauabschluss angemeldet und beauftragt wird.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU, enthalten: 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)

17 Mo.Ki-Cafe Baumberg Vorlage: IX/0969

Beschlussempfehlung

1. Zur Unterbringung des Mo.Ki.-Cafes in Baumberg wird die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Verhandlungen zur Anmietung des ehemaligen Schlecker-Ladenlokals im Einkaufszentrum Holzweg abzuschließen.
2. Nach Abschluss des Mietvertrages sind Planung und Realisierung auf Grundlage des in dieser Vorlage dargestellten Raumprogramms und innerhalb des Kostenrahmens von 490.000 EUR vorzunehmen.
3. Zur Finanzierung der Baumaßnahmen werden 490.000 EUR als Investition in die Änderungsliste zum Teilfinanzplan B 2017 aufgenommen.
4. Die Finanzierung der Mieten und des Betriebskosten erfolgt aus den im Haushalt 2017 im Produkt 06.04.00 Prävention etatisierten Mitteln in Höhe von 120.000 EUR.

einstimmig zugestimmt

18 Ausbau des Städtischen Bürgerservice - "Rathaus kompakt" -Inneneinrichtung Bürgerbüro und Empfangsbereich- Vorlage: IX/1001

Protokoll:

Der Sprecher der CDU-Fraktion merkt an, dass seine Fraktion der Umbaumaßnahme nicht zugestimmt habe. Abweichend von der Grundsatzentscheidung erfolge hier eine Zustimmung, da die neuen Räumlichkeiten möbliert werden müssten.

Es sei wünschenswert, dass zukünftige Umbaumaßnahmen die Möblierung enthalten und nicht separat zur Beschlussfassung vorgelegt würden, so der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Hierzu merkt der Bürgermeister an, dass diese Kosten kalkuliert gewesen seien. Die Änderung entstehe dadurch, dass nachträglich die 1. Etage, insbesondere das Staudesamt, mit in die Umbaumaßnahmen einbezogen würde.

Beschlussempfehlung

1. Die Inneneinrichtung für den Bereich des Bürgerbüros und den Empfangsbereichs ist entsprechend der beigefügten Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B unter Investitionsnummer I7102.028 (Einrichtungsgegenstände Bereiche) enthaltenen Haushaltsansatz in Höhe von 300.000 EUR, welcher um 135.000 EUR auf insgesamt 435.000 EUR zu erhöhen ist.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 1 SPD)

19 Sanierung und Neubau der städtischen Übergangwohnheime Niederstraße -Baubeschluss- Vorlage: IX/1002

Beschlussempfehlung

1. Der Neubau sowie die Bestandssanierungen der Übergangwohnheime an der Niederstraße sind entsprechend Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Außenanlagen sind zu planen und den Ratsgremien zur gesonderten Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Finanzierung erfolgt über das bereits genehmigte Budget in Höhe von 3,7 Mio. EUR. Die Haushaltsmittel sind im Teilfinanzplan B unter I7102.060 in der entsprechenden Höhe zu planen.

einstimmig zugestimmt

20 Schulzentrum Berliner Ring - Planungsauftrag Umbau im Bestandsgebäude - Vorlage: IX/0984

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die am Schulzentrum Berliner Ring erforderlichen Umbaumaßnahmen im Bestand die Planungen zu erstellen und den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung (Baubeschluss) vorzulegen.
2. Als Kostenrahmen werden 3,07 Mio. EUR festgelegt, von denen im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2017 0,3 Mio. EUR als Ausgabemittel und 2,77 Mio. EUR als Verpflichtungsermächtigung für die Folgejahre vorgesehen werden.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU)

21 Umgestaltung des Altstadtplatzes Kradepohl
Vorlage: IX/0965

Protokoll:

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach, ob die zwei Bäume im nördlichen Bereich erhalten bleiben könnten.

Dies sei vermutlich nicht möglich, erwidert die Verwaltung. Jedoch würden neue Bepflanzungen vorgenommen.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Umgestaltung des Altstadtplatzes Kradepohl“ baulich umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bereits im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

22 Umgestaltung der Kreuzung Baumberger Chaussee / Niederstraße zu einem Kreisverkehrsplatz
Vorlage: IX/0941

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Kreisverkehrsplatz Baumberger Chaussee / Niederstraße“ baulich umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bereits im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

23 Neugestaltung Kinderspielplatz Ulmenweg - Baubeschluss
Vorlage: IX/0958

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen auf Basis des vorgelegten Gestaltungsentwurfs zur Umsetzung der Neuausstattung des Kinderspielplatzes im Bereich Ulmenweg zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

24 MonChronik-Modul "Aalschokker" sowie Neuherichtung Parkplatz Klappertorstraße
- Baubeschluss -
Vorlage: IX/0997

Protokoll:

Die Treppenanlage solle über eine umfassende Beleuchtung verfügen, rät der Sprecher der SPD-Fraktion.

Der Bürgermeister sichert zu, dass dieser Hinweis aufgenommen werde.

Der Sprecher der CDU-Fraktion regt an, ein Spielgerät zu installieren. Dieses sollte sich im Sichtbereich der Gastronomie und des Aalschokers befinden.

Der Bereich um den Aalschoker herum werde mit einem Netz aus Seilen versehen. Dies werde auch zum Kinderspiel geeignet sein.

Weiterhin merkt der Sprecher der CDU-Fraktion an, dass, entsprechend der Zusage des Bürgermeisters in der Bürgeranhörung, eine tägliche Reinigung des Hohlraums unter dem Aalschoker erfolgen müsse, um zu vermeiden, dass dort eine „Dreck-ecke“ entstehe.

In der Bürgeranhörung habe er geäußert, dass dann eine Reinigung erfolge, wenn dies erforderlich sei. Diese werde in der Häufigkeit dem Schmutzaufkommen angepasst, erklärt der Bürgermeister. Sofern es tatsächlich erforderlich sei, würde auch täglich gereinigt.

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das MonChronik-Modul „Aalschoker“ einhergehend mit der Neuherrichtung des Parkplatzes Klappertorstraße zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt wie folgt:
 - a) Die Restaurierung des Schiffes erfolgt über die im Haushalt unter I6107.001 veranschlagten Mittel in Höhe von 340.000 EUR, von denen 50% über eine bereits bewilligte Förderung refinanziert werden.
 - b) Die Aufständigung des Aalschokers (Plattform) wird über die unter I7102.096 bereits im Haushalt 2017 veranschlagten Mittel finanziert, wobei der dortige Ansatz auf 630.000 EUR angepasst wird.
 - c) Die Finanzierung der Treppenanlage wird über die unter I6004.088 bereits im Haushalt 2017 veranschlagten Mittel finanziert, wobei der dortige Ansatz auf 840.000 € angepasst wird.
 - d) Die Finanzierung des Parkplatzes erfolgt über die im Haushalt 2017 unter I6004.077 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 750.000 EUR.
 - e) Für die museale Einrichtung sind im Haushalt 2017 unter I6107.001 (MonChronik) Mittel in Höhe von 80.000 EUR vorgesehen.

einstimmig zugestimmt

25 Optionserklärung zur Umsatzbesteuerung Vorlage: IX/0953

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt

- das Optionsrecht gem. § 27 Abs. 22 S. 3 UStG gegenüber dem Finanzamt in Anspruch zu nehmen
- sämtliche Leistungen der Stadt und ggf. die diesen zugrunde liegenden vertraglichen Regelungen auf ihre künftige umsatzsteuerrechtliche Relevanz zu überprüfen.

einstimmig zugestimmt

Die Sitzung wird für die Zeit von 17:34 Uhr bis 17:48 Uhr unterbrochen.

26 Haushaltssatzung 2017
Vorlage: IX/0942

Protokoll:

Der Bürgermeister schlägt vor, die Beratung wie folgt vorzunehmen:

1. ausführliche Beratung der Produktbereich 01, 15 und 16 und der Anträge der Fraktionen
2. kurze Beratung der bereits in Fachausschüssen diskutierten übrigen Produktbereiche
3. Online-Bürgerbeteiligung
4. Änderungsliste

Es erfolgt keine Gegenrede.

Zu den nachfolgend nicht aufgeführten Produkten erfolgten keine Wortmeldungen und einstimmige Beschlüsse.

01.01.01

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert den vorliegenden Antrag, die Fraktionszuwendungen um einen Betrag von 500 € zu erhöhen, um ein mobiles Endgerät beschaffen zu können.

Aus Sicht der Verwaltung sei eine Erhöhung des Sockelbetrages nicht möglich. Die Höhe der Zuwendungen sei aus bestimmten Kosten abgeleitet und errechnet, erläutert der Bürgermeister. Das vorgeschlagene Vorgehen halte er für nicht rechtmäßig. Es sei jedoch denkbar, dass den Fraktionsgeschäftsführungen jeweils ein iPad seitens der Stadt zur Verfügung gestellt würde.

Das sei ausreichend, so der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er werde den Vorschlag gerne annehmen. Der gestellte Antrag sei damit erledigt.

In diesem Zusammenhang bemängelt der Sprecher der CDU-Fraktion, dass Mandatos gerätegebunden sei. Erstellte Notizen wären nicht mehr ersichtlich, sofern ein anderes Endgerät benutzt würde.

Eine Cloud-Lösung werde seitens des Herstellers nicht angeboten, erklärt der Bürgermeister. Gerne werde er den Hinweis aber erneut an den Hersteller weitergeben.

01.05.00

Der Sprecher der SPD-Fraktion macht deutlich, dass seine Fraktion die Personalausstattung für nicht ausreichend halte. Die Anzahl der aktuell beschäftigten Rechnungsprüfer sei bei dem erneut ansteigenden Investitionsvolumen zu gering. Daher beantrage seine Fraktion in der Rechnungsprüfung eine zusätzliche Planstelle einzurichten.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass diese Diskussion im nichtöffentlichen Teil

der Sitzung zum Thema Stellenplan zu führen sei.

Die CDU-Fraktion beantrage zwei zusätzliche Vollzeitstellen, so deren Sprecher. Da hier nicht personenbezogen diskutiert werden müsse, könne die Beratung durchaus im öffentlichen Teil der Sitzung erfolgen. Die derzeitige Personalausstattung sei im Hinblick auf die umfangreichen Baumaßnahmen bei weitem nicht ausreichend.

Die personelle Ausstattung sei auskömmlicher, als zur Zeit der interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Kreis Mettmann, erwidert der Bürgermeister. Zudem entfielen nun die Wegezeiten zwischen Mettmann und Monheim am Rhein. Die Prüferfordernisse würden von der Rechnungsprüfung vollumfänglich abgeleistet, die Arbeitsergebnisse seien nicht zu beanstanden. Alle Prüfaufträge, die mit dem Rechnungsprüfungsausschuss abgestimmt worden seien, seien in Gänze erfüllt worden.

Seitens der PETO-Fraktion werde kein zusätzlicher Personalbedarf gesehen, erklärt deren Sprecher. Im Übrigen müsse ggfs. eine Stellenbemessung erfolgen. Eine Beantragung ins Blaue sei unseriös.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht deutlich, dass er eine Personalaufstockung für geboten hält, da viele Baumaßnahmen begonnen würden.

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist auch auf die Beschwerden Dritter hin. So seien der Kreis Mettmann als auch Handwerker mit der Bearbeitungszeit unzufrieden.

Aus den letzten 12 Monaten lägen ihm gegenüber keine Beschwerden Externer vor, erklärt der Bürgermeister. Der Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft habe bestätigt, dass die Stadt Monheim am Rhein Handwerkerrechnungen grundsätzlich zügig begleiche. Stellenausweitungen erfolgten grundsätzlich nur, sofern der Bedarf durch Zahlen, Daten und Fakten oder Organisationsuntersuchungen nachgewiesen worden sei.

Ins Blaue hinein sei hier nichts beantragt worden, merkt der Sprecher der SPD-Fraktion an. Vergleiche man die damalige Personalausstattung mit der heutigen, so sei zu berücksichtigen, dass damals Zeiten des Nothaushalts herrschten, zu denen kaum Investitionen stattgefunden hätten.

Der Aufgabenmehrung durch die Investitionsmaßnahmen stünde gegenüber, dass die Wegezeiten zwischen Kreis Mettmann und Monheim am Rhein entfielen und die sehr arbeitsintensiven Jahresabschlüsse extern vergeben worden seien, erklärt der Bürgermeister.

Der Sprecher der FDP erklärt, dass es hilfreich sei, die Anzahl der Vorgänge die durch die Rechnungsprüfung zu bearbeiten seien, zu benennen und dabei auch die zukünftige Entwicklung abzubilden.

Hierzu und zu den einzelnen Stellenbesetzungen könnte gerne im nichtöffentlichen Teil Auskunft gegeben werden, erklärt der Bürgermeister. Dort würde auch über die angekündigten Anträge der Fraktionen SPD und CDU abgestimmt.

01.11.01

Die sonstigen Aufwendungen seien sehr hoch, so der Sprecher der SPD-Fraktion und bittet um Angabe der dort veranschlagten Positionen.

Hier seien die Kosten für Rechtsangelegenheiten und Versicherungen veranschlagt,

erklärt die Verwaltung. Dabei entfielen ca. 550.000 € auf Versicherungsbeiträge und ca. 450.000 € auf den Rechtsschutz, wobei hiervon insbesondere die Klagen gegen jeden einzelnen Bescheid im Zusammenhang mit dem Kommunal-Soli die Kosten verursachen würden. Es seien zudem die möglichen Gerichtskosten veranschlagt worden. Die laufenden Kosten für die Rechtsberatung beliefen sich auf ca. 130.000 € p. a..

01.13.00

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt im Namen seiner Fraktion den Antrag, 40.000 € zur Planung eines Parkdecks auf dem Rathausparkplatz einzustellen. Zur Begründung führt er an, dass die Monheimer Verwaltung in den letzten Jahren deutlich gewachsen sei. Damit ein zusätzlicher Druck auf die wenigen Parkplätze in der Innenstadt durch die Verwaltungsmitarbeiter vermieden würde, sei eine Erweiterung der Parkmöglichkeiten hinter dem Rathaus durch den Bau eines Parkdecks anzustreben. So könnten aus den vorhandenen 30 Parkplätzen ca. 90 Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

Der Bürgermeister rät von diesem Vorhaben ab. Für 90 Stellplätze müssten drei bis vier Etagen errichtet werden. Zudem würde diese Baumaßnahme in der Höhe das Rathaus erreichen. Aus städtebaulicher Sicht sei dies abzulehnen. Auch werde der Bedarf nicht gesehen. Die Anzahl der Bediensteten im Rathaus sei nicht gravierend gestiegen. Dies sei schon aus räumlichen Aspekten nicht möglich. Die maßgeblichen Stellenmehrungen beträfen insbesondere die Außenstellen, wie das Haus der Chancen oder den Betriebshof. Des Weiteren hätten die Kunden laut der letzten IHK-Umfrage die Parksituation in der Monheimer Innenstadt positiv bewertet.

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, enthalten: 1 SPD, 1 Linke)

16

Die Sprecher der SPD- und der CDU-Fraktion führen zu dem gemeinsamen Antrag auf Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B aus.

Bezug nehmend auf die Gewerbesteuer bittet der Sprecher der CDU-Fraktion um Angabe, wie hoch die Gewerbesteuereinnahmen in Monheim am Rhein durch sogenannte Briefkastenfirmen seien und beantragt, den Hebesatz für die Gewerbesteuer nicht weiter abzusenken.

Der von der CDU-Fraktion angeführte finanzielle Spielraum für die Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B sei für die PETO-Fraktion nicht ersichtlich, so deren Sprecher. Dies sei aufgrund des Rückgangs der liquiden Mittel nicht möglich. Daher sei der Antrag abzulehnen. Im Übrigen betrage der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer B 550 % Punkte in NRW. Monheim am Rhein liege auf Platz 12 der günstigsten Kommunen. Auch profitiere die Bürgerschaft von der finanziellen Situation der Stadt. So würden viele Investitionen getätigt und nur beispielhaft seien der Glasfaserausbau, der ÖPNV und die Stadthalle genannt.

Der Bürgermeister präzisiert den Vergleich zu anderen Kommunen und führt aus, dass der Durchschnitt aller 396 Kommunen in NRW bei 563% Punkten liege. Der derzeitige Hebesatz der Grundsteuer B in Monheim am Rhein befinde sich auf dem Durchschnittsniveau der 90er Jahre. Die beantragte Senkung des Hebesatzes führe zu einem Einnahmeverlust in Höhe von rund 1,5 Mio. €.

Zu den Briefkastenfirmen sei anzumerken, dass eine solche Konstruktion illegal sei, erläutert der Bürgermeister. Sobald der Verdacht bestünde, dass es sich bei einem Unternehmen um eine Briefkastenfirma handeln könnte, erfolge eine Anzeige beim Finanzamt. Zumindest alle Unternehmen, die mehr als 50.000 € Gewerbesteuer zahlen, seien alle auch mit Personal hier ansässig. Detailliertere Angaben könnten nicht erfolgen, ohne das Steuergeheimnis zu verletzen.

Die Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer werde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt, erklärt deren Sprecher, da diese Vorgehensweise ein großes Risiko berge. Ebenso werde die beantragte Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B im Hinblick auf die liquiden Mittel abgelehnt, obwohl es für die Bürgerschaft wünschenswert sei.

Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 300% Punkte zur Abstimmung.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 SPD, 1 Linke, enthalten: 1 FDP)

Anschließend wird über den Antrag der CDU-Fraktion auf Beibehaltung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 265% Punkten abgestimmt.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 3 CDU, 1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Linke, 1 FDP)

Die in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fallenden Produkte seien nun abschließend beraten, erklärt der Bürgermeister. Aufgrund der bereits erfolgten Vorberatung in den Fachausschüssen, würden die dort diskutierten Produkte nicht einzeln aufgerufen, sondern der jeweilige Produktbereich.

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass seine Fraktion ihre Meinung in den Fachausschüssen deutlich gemacht und entsprechend abgestimmt habe. Die Meinung sei nicht geändert worden, deshalb erfolge in dieser Sitzung keine erneute Diskussion der bereits vorberatenen Angelegenheiten.

05

Der Sprecher der SPD-Fraktion führt zum vorliegenden, präzisierten Antrag auf Einrichtung eines Kulturtaxis aus. Die seitens der Verwaltung dazu verfasste Stellungnahme enthalte in der Kalkulation sehr hohe Kosten. Vermutlich sei hierbei von der maximalen Inanspruchnahme ausgegangen worden. Seine Fraktion habe in dem Antrag jedoch deutlich gemacht, dass eine Registrierung seitens der Personen erfolgen solle, die das Angebot gelegentlich beanspruchen wollten. Die angegebenen Kosten der Verwaltung würden für deutlich überzogen gehalten. Auch die Zuständigkeit des Kreises Mettmann werde hier nicht gesehen. Es solle ein niedrighschwelliges Angebot eingerichtet werden, um Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen zu bieten. Der Fahrdienst des Kreises Mettmann beschränke sich auf den Transport von schwerstbehinderten Menschen.

Die zahlenmäßige Hochrechnung sei nicht das Kernstück der Argumentation, so der Bürgermeister. Die ablehnende Haltung der Verwaltung begründe sich darin, dass bereits ein entsprechendes Angebot seitens des Kreises Mettmann existiere. Hier stünde dem entsprechenden Personenkreis ein Kilometerkontingent von derzeit 300 km zur Verfügung. Es erfasse Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung nicht in der Lage seien, den Busverkehr zu nutzen. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die Stadt Monheim am Rhein ein zusätzliches Angebot einrichten solle.

Entsprechende Anträge seien bereits im vergangenen und in diesem Jahr im Ausschuss für Generationen, Kultur und Soziales ausführlich beraten worden, merkt der Sprecher der PETO-Fraktion an. Aufgrund der hinreichenden Busverkehrsverbindungen und des Angebots des Kreises Mettmann könne eine Erforderlichkeit nicht erkannt werden. Auch für die betroffenen Personen sei kein Mehrwert zu erkennen. Daher lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen versteht den Antrag dahingehend, dass auch Menschen erfasst werden sollten, die nicht schwerstbehindert seien und daher nicht von dem Angebot des Kreises Mettmann erfasst würden. So könnten auch ältere Menschen, die Angst hätten das Haus zu verlassen, das Kulturtaxi nutzen. Dem Antrag werde daher zugestimmt.

Der Sprecher der SPD-Fraktion stimmt den Ausführungen des Vorredners zu. Das Angebot solle, neben den schwerbehinderten Menschen, die für den Fahrdienst des Kreises Mettmann nicht in Frage kämen, auch grundsätzlich für ältere Menschen gelten, da diese häufig aufgrund von empfundener Unsicherheit, das Haus abends nicht mehr verlassen würden. Diese Bevölkerungsgruppe werde ansonsten nicht wahrgenommen.

Ein Angebot einzurichten, dass sich nicht an objektiven Kriterien sondern an dem subjektiven Empfinden von Menschen orientiere, sei nicht die richtige Maßnahme und hinsichtlich der Durchführung nicht realisierbar, erwidert der Sprecher der PETO-Fraktion.

Auch der Bürgermeister hält ein generelles Angebot für ältere Menschen ohne Behinderung für fragwürdig. Eine Inanspruchnahme käme somit für jeden in Betracht, der das entsprechende Alter erreicht habe.

Der Bürgermeister stellt den Antrag zur Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 SPD, 3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP, enthalten: 1 Linke)

Online-Bürgerbeteiligung

Bei der Einführung der Online-Beteiligung sei das vorhandene System sehr zufriedenstellend gewesen, führt der Bürgermeister aus. Inzwischen sei es aber notwendig, hier Änderungen vorzunehmen. Dafür würde auch die nachlassende Beteiligung sprechen. Dies solle im nächsten Jahr geschehen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion lobt die gute Arbeit der Verwaltung bei der Bürgerbeteiligung. Er merkt an, dass das abnehmende Interesse der Bürgerschaft auch darin begründet sein könnte, dass wichtige Maßnahmen bereits unterjährig beschlossen würden, ohne dass die Möglichkeit der Meinungsäußerung bestünde.

Unterjährige Maßnahmen seien aus den verschiedensten Gründen, wie z.B. Antragsfristen, unabdingbar, so der Bürgermeister.

Bildung und Kultur

Hier seien die Kosten nicht hinterlegt, z. B. bei den Highlights, merkt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Die Kosten seien im Online-Portal hinterlegt, erklärt der Bürgermeister. Weiterhin seien die Kosten der investiven Maßnahmen auf Seite 1 angegeben. Da hier die Stellungnahmen der Verwaltung im Fokus stünden, habe die Verwaltung auf die erneute Angabe verzichtet. Im Übrigen könnten die Kosten für die Highlights nicht in allen Fällen beziffert werden.

Änderungsliste

Die Verwaltung ergänzt, dass noch Änderungen aufzunehmen seien. Es handele sich um die Eigenkapitalzuführung zur Monheimer Wohnen GmbH in Höhe von 5,434 Mio. € im Jahr 2017. Weiterhin sei der Ansatz in Höhe von 8.000 € für das Kulturtaxi aufgrund des soeben gefassten Beschlusses zu streichen.

Beschlussempfehlung

1. Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2017 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
 - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder
 - b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
 - c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltungbeschlossen hat, angenommen.
2. Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2017 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Haushaltssatzung 2017 wird Bestandteil des Beschlusses. Die Budgetzuordnung auf die einzelnen Produkte ist als verbindlich anzusehen.
3. Der Rat macht sich die Stellungnahme der Verwaltung vom 28.11.2016 zu den einzelnen Bürger-Ideen und Bürger-Kommentaren im Rahmen der Online-Beteiligung unter Ergänzung der Änderungsvorschläge aus den Beratungen der Fachausschüsse und des Haupt- und Finanzausschusses zu Eigen (Anlage 4).

einstimmig zugestimmt

27 Mündliche Mitteilungen

27.1 Monberg-Brücke

Protokoll:

Der Bürgermeister bezieht sich auf die in der letzten Ratssitzung gestellte Frage zu den Kosten der Monberg-Brücke der Variante 0. Diese würden ohne Planungskosten 537.000 € betragen.

28 Mündliche Anfragen

Protokoll:

Es werden keine Anfragen gestellt.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin